

[Mai 17]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Bund + Länder

Befristungen in der Bundesverwaltung: ver.di fordert Stopp prekärer Beschäftigungsverhältnisse!

Die gute Nachricht: Der Bund stellt seit einiger Zeit wieder mehr Personal ein. Die schlechte: Befristete Beschäftigung nimmt dramatisch zu. Betroffen sind alle Bundesministerien, vor allem aber deren nachgeordnete Bereiche.



ver.di legt dagegen Protest ein: In Schreiben an die Bundeskanzlerin und alle Bundesministerinnen und Bundesminister kritisieren der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und Vorstand Wolfgang Pieper massiv, dass das „Jobwunder“ in der Bundesverwaltung durch prekäre Beschäftigung erkauft sei. Diese Entwicklung sei personalpolitisch verhängnisvoll. Ohne attraktive Arbeitsplätze mit sicheren Perspektiven für neu eingestellte Beschäftigte drohe der Bund sich personalpolitisch ins Aus zu setzen.

Befristungsrekorde in Bundesbehörden

Befristungen haben in allen Bundesressorts zugenommen. Gegenüber 2007 haben sie sich durchgängig mindestens verdreifacht. Der Rekord liegt bei 592 Prozent mehr befristeten Einstellungen. In einigen Häusern wird kaum noch unbefristet eingestellt. Auch der Durchschnitt auf dem Arbeitsmarkt wird überwiegend deutlich, teilweise bis zum Dreifachen überschritten. Damit erfüllt der Bund die ver.di-Forderung, öffentliche Arbeitgeber müssten eine Vorbildrolle bei der Bekämpfung prekärer Beschäftigung einnehmen, ersichtlich nicht.

Andere Praxis möglich – ver.di-Erfolg in Hamburg

Dass es anders geht zeigt ein ver.di-Erfolg aus Hamburg: Hamburgische Bürgerschaft und Senat haben auf massiven Druck von ver.di entschieden, Befristungen weitgehend einzugrenzen und als Ziel mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse und die Umwandlung befristeter in unbefristete Arbeitsverhältnisse ausgewiesen. Das Personalamt der Freien und Hansestadt hat diese [Beschlüsse](#) mit Wirkung für die hamburgischen Behörden verbindlich umgesetzt.

Auch in Baden-Württemberg hatte ver.di Erfolg: In der Landesdenkmalpflege konnten durch politischen Druck so viele neue Stellen geschaffen werden, dass auf Befristungen künftig verzichtet werden kann.

Erfolgreich gegen Befristungen: ver.di setzt sich ein

ver.di setzt sich seit langem und intensiv gegen den ausufernden Missbrauch sachgrundloser Befristungen ein. ver.di hat seine Ablehnung sachgrundloser Befristungen als tarifpolitischen Grundsatz aktuell bekräftigt und wird dies tarifpolitisch auch umsetzen.

Mehr Informationen gibt es auf der Seite des ver.di-Fachbereichs Bund + Länder [hier](#) oder unter: www.bund-laender.verdi.de.

Impressum:
Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft,
Fachbereich Bund + Länder, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.
V.i.S.d.P. Wolfgang Pieper / Bearbeitung: Nils Kamradt / Foto: Christian Haas



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft